



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am 7. Februar 2017
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Aglaya Beyes (L&P)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 01/17, 04/17 und 06/17.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0001 Tagesordnung

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung wird um den Antrag

Öffentliche Kandidatenwerbung für den „Arbeitskreis Bürgerbeteiligung“

der Fraktion Linke&Piraten ergänzt und der Tagesordnung unter Punkt 4.1 zugeordnet.

Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0002 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 06.12.2016 wird genehmigt.

Einstimmig

0003 17-V-04-0004

Citybahn Mainz-Wiesbaden

Der mündliche Bericht von Herrn Prof. Dr. Zemlin (Geschäftsführer ESWE-Verkehr) wird zur Kenntnis genommen.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

gegen FDP bei Enth. AfD angenommen

0004 17-F-08-0005

Breitbandausbau in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion L&P vom 31.01.2017 -

Stv. Sobek begründet den Antrag.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 7. Februar 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Zu diesem Punkt ist Herr Backes anwesend, der über den Stand des Breitbandausbaus in Wiesbaden berichtet. Die Stadt ist in diesem Fall nicht selbst ausführend, sondern im Gespräch mit den verschiedenen Anbietern.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass es bis auf kleine „weiße“ Flecken innerhalb des Stadtgebietes eine breite Versorgung der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt und die Netzbetreiber von daher keinen besonderen Focus auf Wiesbaden legt.

Es greifen auch keine Förderprogramme, weil durch die gute Versorgung des Stadtgebietes kein „Marktversagen“ vorliegt. Nur wenn diese nicht gegeben ist, sind Zuschüssen der öffentlichen Hand möglich.

Herr Backes bietet an, den Ausschuss über Entwicklungen bei der Versorgung zu unterrichten.

Stv. Küpper beantragt, den Antrag als eingebracht zu betrachten, erwartet einen Bericht des Magistrats und könnte sich eine weitere Beratung bei Bedarf vorstellen.

Stv. Nickel sieht den Antrag in den Ziffern 1 bis 5 als beantwortet an. Zu Ziffer 6 sollte ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden.

Vors. Beyes erwartet den Bericht des Magistrats auch möglichst schriftlich.

Herr Backes schlägt vor, eine Übersicht über die Quellen in Bezug auf die Versorgungslage zu Protokoll zu geben.

Stv. Apel beantragt als übliches Mittel nach einem ausführlichen Bericht des Magistrats die Erledigung des Antrages (bis auf Ziffer 6) durch Aussprache.

Stv. Weck schließt sich diesem Verfahrenswunsch an.

Nach eingehender Diskussion werden die Ziffern 1, 2, 4 und 5 als erledigt angesehen. Ziffer 3 (Antrag: durch Aussprache erledigt) und 6 werden abgestimmt.

Es ergeht folgender Beschluss:

1..Der Antrag der Fraktion L&P vom 31.01.2017 betr.

Breitbandausbau in Wiesbaden

hat durch den in der heutigen Sitzung gegebenen Bericht in den Ziffern 1, 2, 4 und 5 nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion seine Erledigung gefunden.

2..Ziffer 3 wird als durch Aussprache für erledigt erklärt.

3..Ziffer 6 des Antrages wird angenommen. Der Magistrat wird um Sachstandsbericht gebeten:

4..Welche Produktziele setzt sich die LHW im Hinblick auf die bevorstehenden Haushaltsverhandlungen?

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 7. Februar 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Ziffer 3 durch Aussprache erledigt:
gegen L&P bei Enth. Grüne angenommen
Ziffer 6 bei Enth. Stv. Apel + Küpper angenommen

0005 16-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Der mündliche Bericht der Stabsstelle Bürgerbeteiligung (Frau Kotzke und Frau van den Borg) wird zur Kenntnis genommen.

Es wird u. a. berichtet, dass der Oberbürgermeister alle Ämter angeschrieben und um Mitteilung gebeten hat, ob und wenn ja, welche Projekte zur Bürgerbeteiligung die einzelnen Fachbereiche benennen können. 19 Ämter meldeten Fehlanzeige, 1 bis 2 Ämter meldeten sich gar nicht, 2 hatten 1 Projekt mit Beteiligung, 1 (Amt 61) 1 Projekt mit Beteiligung. Die Ergebnisse wurden am 31.01.17 im AL-Plenum vorgestellt.

Der Prozess stockt im Moment.

Die Beteiligungsplattform ist in der Aufbauphase. Bürger können sich hier nicht nur über Projekte der Bürgerbeteiligung informieren, sondern auch selber eigene Ideen einbringen.

Es wird eingehend über das Initiativrecht, Möglichkeiten der Kommentierung usw. diskutiert.

In einer der nächsten Sitzungen wird dem Ausschuss eine Liste mit Dingen, die noch geklärt werden müssen, vorgelegt.

0006 16-A-56-0003

Bürgerbeteiligung
HIER: Beratung von Nr. 4 des Entwurfs des Beschlusstextes (Arbeitskreis
Bürgerbeteiligung)

Vors. Beyes begründet den Änderungsantrag der Fraktion L&P. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von L&P abgelehnt.

Es ergeht folgender Beschlussvorschlag an die Stadtverordnetenversammlung:

Bei Annahme des Änderungsantrages der CDU wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen zu beschließen:

Der gemäß den Leitlinien geplante „Arbeitskreis Bürgerbeteiligung“, der in der Nachfolge der Steuerungsgruppe des Leitlinienprozesses die Umsetzung begleiten soll, setzt sich wie folgt zusammen:

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 7. Februar 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
- 3 Vertreter/innen der Bürgerschaft
 - 3 Mitarbeiter/innen der Verwaltung
 - 3 vom Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik zu wählende Stadtverordnete

Dieser Arbeitskreis dient der Evaluation der Leitlinien für Bürgerbeteiligung und soll anhand der seit Beschlussfassung durchgeführten Bürgerbeteiligungsverfahren deren Umsetzbarkeit prüfen

bei Enthaltung L&P angenommen

0007 17-F-08-0011

Öffentliche Kandidatenwerbung für den "Arbeitskreis Bürgerbeteiligung"
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 06.02.2017 -

Stv. Beyes begründet den Antrag.

gegen L&P bei Enth. Stv. Maritzen abgelehnt

0008 16-V-20-0068

Kostenfreies WLAN an öffentlichen Plätzen in Wiesbaden

Auf Antrag von Stv. Apel wird der Beschluss des Magistrats um Ziffer 2.4 wie folgt ergänzt:

2.4 Der Magistrat wird gebeten, die Sitzungsvorlage den Ortsbeiräten zuzuleiten und bei der Versorgung mit kostenfreiem WLAN Bürgerhäuser und Gemeinschaftsunterkünfte vorrangig zu berücksichtigen, sofern dies noch nicht umgesetzt und technisch möglich ist.

Einstimmig

Die Punkte 7 und 8 (Beschluss Nr. 0009 und 0010) werden gemeinsam beraten:

0009 16-V-20-0055

IT Sicherheit

Einstimmig

0010 17-A-56-0002

Zuordnung von Beratungspunkten im IT-Bereich

Zu diesem Punkt liegt ein Beschluss des Revisionsausschusses vor, der übernommen, aber sprachlich angepasst, abgestimmt wird:

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 7. Februar 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

1..Es wird folgende Festlegung über die Zuordnung von Beratungspunkten im IT-Bereich zum Revisionsausschuss bzw. zum Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik getroffen:

- Der Revisionsausschuss wird als federführender Ausschuss für den IT-Bereich festgelegt.
- Beratungspunkte, die eher das Innenverhältnis der Landeshauptstadt Wiesbaden betreffen (z.B. IT-Sicherheit, Einführung neuer Software) werden grundsätzlich vom Revisionsausschuss beraten.
- Beratungspunkte, die eine stärkere Außenwirkung haben (z. B. Breitbandausbau, kostenloses WLAN) werden vom Ausschuss Bürgerbeteiligung und Netzpolitik beraten.

2. Bei der Zuordnung wurde berücksichtigt, dass das Revisionsamt dem Revisionsausschuss alle Revisionsberichte vorlegt, die sich auch auf den IT-Bereich beziehen können. Alle Revisionsberichte werden im fest etablierten nichtöffentlichen Teil beraten.

3. Des Weiteren hält der Datenschutzbeauftragte seinen jährlichen Bericht im Revisionsausschuss, was die Aufteilung nach Innen- und Außenverhältnis unterstreicht.

4. Grundsätzlich bleibt es allen Ausschussvorsitzenden vorbehalten, nach eigener Entscheidung Beratungspunkte auf die Tagesordnung zu setzen.

5..Auch die gemeinsame Beratung mehrerer Ausschüsse zu einzelnen Punkten ist jeder Zeit möglich

Enth. Stv. Denzer

0011 17-V-20-0001

Investitionscontrolling 4. Quartal 2016

Einstimmig

0012 Verschiedenes

Der Vertreter des Seniorenbeirats, Herr Wilhelm Vogel, stellt sich im Ausschuss vor.

Anlagen

Wiesbaden, .03.2017

Vorsitzende

Schriftführerin

Beyes

Koba